

Pulsnitzer Tageblatt

Kernsprecher 18. Tel.-Nr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146 **Bezirksanzeiger**

Wochenblatt Post-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz



— — — **Er scheint an jedem Werktag** — — —
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezugsnehmer
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend

Anzeigen-Grundzahlen in *Sp.*: Die 41 mm breite Zeile (Masse's Zeilenmesser 14)
1 mm Höhe 10 *Sp.*, in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 *Sp.*; amtlich 1 mm
30 *Sp.* und 24 *Sp.*; Reklame 25 *Sp.*. Tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

**Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt**

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Distrikten des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großnaundorf, Brettnig, Hauswalde, Dorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Nichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Förster's Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 155

Sonnabend, den 6. Juli 1929

81. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Öffentliche Schulausschreibung

am Montag, den 8. Juli 1929, nachmittags 6 Uhr im Rathaus

Tages-Ordnung: I. Kenntnisnahmen, II. Beratungen und Beschlusfassungen:
1. Richtigsprechung der Schulkassenrechnung 1927 und Entlastung des Kassierers. 2. Wahl von

Rechnungsprüfern. 3.) Verlängerung des Feuerversicherungsvertrages über den 1. 11. 1929 hin-
aus. 4.) Ausbesserungsarbeiten in der Volksschule. 5.) Klingel- und Uhrenanlage. 6.) An-
schaffungen. III. Anträgen und Anträge.

Pulsnitz, am 4. Juli 1929.

Stadtrat Beyer, stellv. Vors.

Das Wichtigste

Aus Chicago wird gemeldet, das Flugzeug „Antin Bowler“ sei bei
Great Whales (Ontario) gelandet.
Nach Berichten der Washingtoner Handelskammer sind in den letzten
14 Tagen von 94 Städten Gesuche um Erlaubnis zur Anlage von
Flughäfen eingegangen. Damit steigt die Anzahl der neu anzule-
genden Flughäfen auf 1122.

Gegensätze.

Sturm auf die Wirtschaftskasse. — Ein Fest in Sorgen-
zeiten. — „Wenig erfreulich.“
Von Gerhard Hoefs.

Das graue Elend geht in Deutschland um. Wollen
wir uns denn durch die glänzende Fassade der prächtigen
Auslagen der Schaufenster in den Groß- und Mittelstädten
darüber täuschen? Wollen wir bloß den Luxus sehen in den
Ergussstraßen der Städte, wo Menschen prästen, denen die
Not unseres Volkes gleichgültig ist. Sind nicht viele Aus-
länder darunter? Fühlt nicht jeder am eigenen Leibe voll
uns Deutschen, von der überwiegenden Mehrzahl
wenigstens, daß unsere Lebenshaltung gerade noch auf der
Waage menschlicher Berechtigung steht? Ist die Not nicht
groß in dem Waldenburger Industriegebiet?
Klopft die Armut nicht an mancher Bauerntür in Ost-
preußen an? Stehen in Schleswig-Holstein
nicht Hunderte von Landwirten vor der Erkenntnis, daß
wenn nicht baldige Rettung kommt, sie und ihre Familien-
angehörigen darben müssen? Mühen wir erst in das Land
der Thüringer Spielwarenindustrie gehen, um
zu sehen, daß Not in unserem Vaterlande herrscht? Wird
nicht jeder einsichtige Arbeiter zugeben müssen, daß er
vor dem Kriege mit weniger Lohn viel auskömmlicher zu
leben vermochte als heute, wo man viel mehr Papiercheine
in der Tasche hat? Haben die Beamten und An-
gestellten nicht vor dem Kriege empfunden, daß hinter
den Goldstücken, die ihnen in der Tasche klimperten, der
Reichtum eines Landes stand, das über eine aufblühende
Industrie, über produktive Kolonien, über eine mächtige
Handelsflotte verfügte? Weiß nicht jede deutsche Haus-
frau von dem „Sturm auf die Wirtschaftskasse“ zu er-
zählen, von der Not der deutschen Hausfrauen? Wie das
Held drauß geht für Kleidung, Heizung, Gas, Zeitung,
Krankentassen und Versicherungen, Schule, Fahrgehalte, und
wie wenig übrig bleibt für besondere Wünsche des Lebens-
bedarfes? Will da noch jemand behaupten in Deutschland,
daß die Not nicht in unseren Ländern umgeht, auch wenn wir
nicht gerade hungern müssen? Und soll es keinen Aus-
weg aus dieser Not geben?

Währenddessen bereitet die Deutsche Republik die Feier
ihres zehnjährigen Wiegensfestes — Verzeihung — richtiger
es Tages der zehnjährigen Wiederkehr der Annahme der
Weimarer Verfassung in der Weimarer Nationalversamm-
lung vor. Wird nicht jeder von uns einfachen Staatsbürgern
ich fragen, ob die Feier dieses Tages, dessen Berechtigung
man nicht verkennen will, in schlichteren Grenzen festlich be-
gangen werden könnte, wenn man eben bedenkt, daß wir
seit Versailles ein armes Volk geworden sind? In der
Reichshauptstadt werden am 11. August Massenfestspiele im
Stadion veranstaltet werden. Ein großer Volksflugtag wird
abgehalten, Festabende in den Opernhäusern sind vorgesehen.
Sut, in den Kirchen sollen Festgottesdienste
faktfinden. Hier kann in würdiger Form auch auf den
11. August hingewiesen werden. Nichts Luxuriöses ist daran.
Aber genügt es nicht, wenn in den Schulen Verfassungs-
feiern abgehalten werden. Müssen erst die Schulkinder in
Demonstrationen zu gemeinsamen Schulfeiern in jedem Orte
zusammengeführt werden? Und dann hat die Reichs-
regierung allein 200 000 Mark für die Verfassungsfeier aus-
geworfen. Dreißig Schüler aus den deutschen Provinzen
werden während des Verfassungstages Gäste der Reichs-
regierung in der Reichshauptstadt sein. Sprechchöre der
Schulkinder werden auftreten, Feuerwerk, Wirtchen, Milch,
eine Tafel Schokolade wird umsonst an die Schulkinder ver-
abfolgt werden. Dadurch erwachsen der Stadtverwaltung
große Ausgaben. Mancher Deutscher wird da
den Kopf schütteln; denn ertönt nicht immer wieder von
oben her der Ruf: Mehr Sparsamkeit!

Der Brief v. Mückes an die Linksparteien

Dresden, 5. Juli. Herr v. Mücke hat, wie bereits
gemeldet, der SPD. und KPD. ein Bündnisangebot unter-
breitet. Die Sozialdemokratischen Blätter veröffentlichen jetzt
diesen Brief, der folgenden Wortlaut (die Wortsperrungen
rühren von der Redaktion her) hat:

Hellmuth v. Mücke Dresden-Poschwitz, 29. Juni 1929
Fernruf: Dresden 37490 Weichenweg 32
Postfach: Dresden 15020

Vertraulich!

An die Herren Vorsitzenden der sozialdemokratischen und
kommunistischen Fraktion im sächsischen Landtag

Sehr geehrte Herren! Dresden, Landtag.

Die Entwicklung der innerpolitischen Ereignisse, die
sich an die Wahl des jetzigen Ministerpräsidenten geknüpft
haben, veranlassen die Reichsleitung der
N. S. D. A. P., in Ueberlegungen einzutreten, ob die zu-
künftige Regierung überhaupt lebensfähig ist.

Ich darf mir daher erlauben, als Abgeordneter
der „Sektion Reichsleitung“ der N. S. D. A. P.
mit Ermächtigung und im Auftrage meiner Parteileitung
an Sie heranzutreten mit der Frage, ob Sie geneigt sind,
mit mir Verbindung aufzunehmen zur Klärung der Frage,
ob eine Unterstützung einer von Ihren Parteien gebildeten
sächsischen Regierung durch die nationalsozialistische Fra-
ktion sich ermöglichen läßt.

Die Reichsparteileitung legt Wert auf die Klärung
dieser Angelegenheit, um mit der Landtagsfraktion ent-
sprechend in Verbindung treten zu können.

Die Herren werden sich aus dem vorigen Landtag
erinnern, daß dieselbe Frage schon einmal gestellt hat,
und daß damals mir Zusicherungen gemacht werden konn-
ten, die es uns ermöglicht haben würden, eine von Ihren
Parteien gebildete Regierung zu unterstützen.

Mehr oder minder dieselben Punkte würden ja auch
heute zur Debatte stehen. Ich darf sie daher in Kern-
punkte wiederholen. Damals stellte ich zur Bedingung,
in erster Linie die Vermeidung jedes Ausnahmegesetzes
gegen meine Partei, Vermeidung jedes Verbotes oder
Auflösung aus Gründen, die bei anderen Parteien unter
gleichen Verhältnissen nicht zum Verbot oder zur Auflö-
sung führten, Vermeidung aller Polizeischikanen usw. usw.,
Vermeidung einer Beschränkung der Äußerung der Mei-
nungsfreiheit.

Sollten die Herren geneigt sein, die angeregte Be-
sprechung zu haben, so wäre ich für eine gefällige Benach-
richtigung, gegebenenfalls fernmündlich (37490), zu Dank
verpflichtet.

Ich darf annehmen, daß ein völliges Schweigen auf
mein Schreiben als Ablehnung aufzufassen ist und daß
ich dann dementsprechend meiner Reichsleitung Bericht er-
statten könnte.

Die nationalsozialistische Fraktion hat
Kenntnis.

Ich darf ergebenst bitten, dieses Schreiben als ver-
traulich zu behandeln.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Ihr ergebenster gez.: Hellmuth v. Mücke

Abgeordneter der „Sektion Reichsleitung“ der N. S. D. A. P.

Das „Sächsische Volksblatt“ bemerkt dazu: Wir haben
den Wunsch „Vertraulich“ respektiert selbstver-
ständlich nur solange, bis unsere Landtagsfraktion dazu
Stellung genommen hätte. Nachdem aber von den Kom-
munisten diese selbstverständliche und allgemein übliche Ver-
pflichtung nicht eingehalten wurde, haben wir keine Ursache
mehr, den Brief der Öffentlichkeit vorzuenthalten. Wir be-

trachten diesen Brief als ein Druckmittel gegen
Bünger und die übrigen bürgerlichen Parteien, um sie den
Forderungen der Hittlerschen gefügig zu machen. Für uns
Sozialdemokraten liegt die Sache sehr einfach. Unser Ar-
beitsprogramm für den sächsischen Landtag ist den National-
sozialisten bekannt. Es zeichnet die Grenzen unserer Zu-
geständnisse gegen alle Parteien. Wenn Herr Bünger in
den nächsten Tagen gestürzt werden sollte, und dann erneut
die Frage der Wahl eines Ministerpräsidenten zur Debatte
steht, dann können ja die Hakenkreuzler für den sozialdemo-
kratischen Kandidaten eintreten, wie wir überhaupt niemandem
im Lande und im Landtag verwehren, sich auf dem Boden
der Vernunft zu begeben, und einem Anhänger der SPD
das Vertrauen zu schenken. Bemerkenswert aber ist, daß
bei den Nazis der im Wahlkampf so laut gepredigte Kampf
gegen die Marxisten jetzt bereits zu einem Bündnisangebot
an diese Marxisten geführt hat. Wir finden das Vor-
gehen Mückes, wenn auch vielleicht nicht ganz ehrlich, aber
doch von seinem Standpunkt aus ganz geschickt. Natürlich
wird den Demokraten, ohne deren Mithilfe doch alle Lumpereien
gegen die sächsische Arbeiterschaft unmöglich gewesen wären,
schon Angst, wenn nur in weitester Ferne der Gedanke einer
Linkregierung auftaucht.

Dr. Held über die Organisation der Länder.

Berlin. Dr. Held hat dem in Berlin zusammenge-
tretenen Unterausschuß der Länderkonferenz
ein Referat überreicht. Im ersten Teil nimmt das Referat
von Dr. Held zu dem gemeinschaftlichen Referat über die
Organisation der Länder Stellung. Für die wei-
teren Verhandlungen von besonderer Wichtigkeit ist der Nach-
weis, daß nach der deutschen Reichsverfassung eine Zuständig-
keit des Reiches zur allgemeinen Organisation der Länder
überhaupt nicht besteht. Dr. Held spricht gleich-
zeitig weiterhin von dem Irrtum, der darin besteht, als ob
Bayern nur in kurzfristigem Partikularismus an
seine eigenen Rechte denke. Der wichtigste Teil des Referats
ist der zweite. In ihm werden die bisherigen Zuständig-
keiten der preussischen Provinzen und die Entwid-
lungsgeschichte der Autonomiebewegung dargestellt.

Gegen eine Scheinfront der Genossenschaften.

Der zweite Verhandlungstag in Königsberg.

Königsberg. In der zweiten Hauptversammlung des
42. Deutschen Landwirtschaftlichen Genossenschaftstages in
Königsberg sprach Geheimrat Hohenegg (München) über
die Vereinheitlichung des deutschen landwirtschaftlichen
Genossenschaftswesens. Der Berichterstatter erinnerte ein-
leitend daran, daß die Einigungsverhandlungen in den
nächsten Tagen auf eine „leider“ zweijährige Dauer zurück-
schauen können. Er wies dann darauf hin, daß die Ver-
handlungen festere Formen erst mit der Vorlage des
Schlesischen Notprogramms angenommen hätten. Die große
deutsche Genossenschaftsfront dürfe nicht bloß eine
Scheinfront sein. Wenn alle vom Geist der Geschlossenheit
beseelt seien, werde auch die immer noch schwebende
Personenfrage zu lösen sein.

Zur Ablehnung des Klepperischen Kompromißvorschlages
durch den Reichsverband sagte der Redner, daß es sicherlich
keine zu verurteilende Annahme sei, wenn sich der Reichs-
verband einbilde, in seinen eigenen Reihen über Männer
zu verfügen, die den Versuch wagen dürften, die Geschicke
des geeinigten deutschen Genossenschaftswesens in die Hand
zu nehmen.

Den nächsten Vortrag hielt Verbandsdirektor Hofrat
Dr. Schöne (Dresden) über das Thema: „Welche Wege
sind zum weiteren Ausbau des genossenschaftlichen Waren-
geschäfts zu beschreiten?“

